

Antwort auf das Positionspapier „Wirksam arbeiten gegen Rechts“ des Vereins „Rheinhessen gegen Rechts“

DIE LINKE versteht sich als antifaschistische Partei, die sich gegen jegliche rechten Tendenzen in der Gesellschaft zur Wehr setzt. Als solche begrüßen wir die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich mit uns dem gegenwärtigen Rechtsruck entgegenstellen. Für DIE LINKE findet der wirksamste Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Form von Präventions- und Aufklärungskampagnen durch zivilgesellschaftliche Initiativen statt. Repressive Maßnahmen durch Polizei und Sicherheitsapparat können die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut nicht ersetzen. Herkunfts- und Hautfarbenspezifische Verdachtsprofile, 'Sippenhaft' bei 'Clan'-Konstruktionen und andere Behelfe zur Legitimierung von Rassismus sind zudem Beweis genug, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in öffentlichen Dienststellen keine „Einzelfälle“ sind. Bei der Bekämpfung von rechten Akteur*innen und ihrem menschenfeindlichen Gedankengut können diese Stellen aus unserer Sicht daher nur bedingt als Ansprech- und Kooperationspartner*innen dienen. Rassistische Vorfälle in öffentlichen Dienststellen müssen endlich konsequent geahndet werden, anstatt als „Einzelfälle“ verharmlost zu werden. Insbesondere der Verfassungsschutz hat im Kampf gegen rechtes Gedankengut versagt, die Behörde muss aufgelöst werden. Wir befürworten anstelle dessen den Aufbau einer von den Polizei- und Ordnungsbehörden unabhängigen Kontroll- und Beschwerdestelle, die Polizeigewalt und diskriminierendes Vorgehen, wie auch autoritäre Strukturen und rechte Tendenzen innerhalb der Polizei aufzuarbeiten sucht.

Aus unserer Sicht müssen vor allem zivilgesellschaftliche Akteur*innen in ihrer wichtigen Arbeit vor Ort unterstützt werden. Dort müssen Alltagsrassismus und Ressentiments auch in der Mitte der Gesellschaft ernst genommen und bekämpft werden. Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche Initiativen begrüßen wir ebenso wie gesetzliche Regelungen, die auf eine Verstärkung der finanziellen Ausstattung von Initiativen aus der Zivilgesellschaft zielen. Zivilgesellschaftliche Präventions- und Aufklärungsangebote müssen auf eine verlässliche und ausreichende finanzielle Grundlage gestellt werden, um den beteiligten Personen Sicherheit bei ihrer Arbeit garantieren zu können. Eine institutionelle - und nicht nur projektbezogene - Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen würde neben Planungssicherheit für das Projekt auch finanzielle Planbarkeit für die beteiligten Personen bedeuten. Den unzähligen Arbeitsstunden, die ehrenamtliche Aktive in Vereinen, Bürgerinitiativen und anderen Organisationen Tag für Tag aufbringen, um rechtes Gedankengut nicht nur in der radikalen Rechten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft zu bekämpfen, muss endlich angemessene Rechnung getragen werden. Die langfristige Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen muss dabei mit Unterstützung bei der Bildung neuer Netzwerke einhergehen. Neben der Garantie von dauerhaften und verlässlichen Rahmenbedingungen und dem Aufbau neuer Informations- und Beratungsnetze befürworten wir die Einrichtung einer Beschwerde- und Meldestelle, an die sich Menschen wenden können, die aufgrund einer Tätigkeit in der Kommunalpolitik und/oder aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements bedroht werden.

Zivilgesellschaftliche Initiativen leisten im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zentrale Arbeit für den Erhalt unserer Demokratie. Als LINKE werden wir auch in Zukunft mit landesweiten und lokalen Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Feindlichkeit gegenüber Muslim*innen, Sexismus, Antisemitismus und antifaschistischen Vereinigungen zusammenarbeiten.